

Volker Rühle: Breiter Konsens beim Wahlrecht

Die Koalitionsparteien in Bonn haben sich für die Wahl des gesamtdeutschen Parlaments am 2. Dezember auf eine generelle Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel und auf die Möglichkeit von Listenverbindungen geeinigt. Generalsekretär Volker Rühle hat in einem Interview diese Regelung begrüßt.

Rühle: Wenn wir uns auf eine Regelung geeinigt haben, die einen breiten Konsens findet, dann ist das eine gute Sache. Es gibt noch genug zu streiten bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen. So werde man sich z. B. damit auseinandersetzen müssen, mit welcher Politik am besten die Schwierigkeiten bewältigt werden, in denen sich die Betriebe in der DDR befinden. Volker Rühle: Niemand leugnet, daß das eine ganz schwierige Aufgabe ist, aber ich sehe weit und breit keine Alternative zu der Politik, wie sie die Bundesregierung beschritten hat. Wer soll denn die Überwindung des Sozialismus und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft schaffen, wenn nicht wir, die Deutschen?

Eindringlich trat Rühle Befürchtungen entgegen, daß mit dem Tag der gesamtdeutschen Wahlen der Schutz für die Landsleute in der DDR wegfallen könnte. Rühle: Das ist nicht der Tag, an dem die Willkür beginnt. Ich bin sicher, daß jemand, der aus Flensburg kommt, die Interessen der Landsleute in der DDR genauso vertreten wird wie jemand, der aus Rostock kommt. Denn es ist das gemeinsame Deutschland, das wir schaffen wollen. ■

HEUTE AKTUELL

● Sozialdemokraten

Als aus SPD und KPD die SED wurde. Vorstellung einer Broschüre. Seite 3

● Programm

Recht sichert die Freiheit. Rechts- und Justizpolitisches Programm der CDU. Seite 5

● Schulpolitik

Es darf in Zukunft kein Einheitschulwesen mehr geben. Leitsätze zur künftigen Schulpolitik in den Ländern der DDR. Seite 8

● Medien

Die Hörer und Zuschauer des NDR wollen keinen SPD-Regierungsfunk. Seite 12

● Niedersachsen

Rot-Grün in Hannover: Das ist der Einstieg in den Abstieg. Seite 14

● Öffentlichkeitsarbeit

Informations-Materialien der Frauen-Union. Seite 16
Unsere neuesten Sympathie-Werbemittel für den Wahlkampf. Seite 18

● Dokumentation

Umweltpolitik der CDU. Eine Leistungsbilanz 1982—1990. Grüner Teil

Umfrage unter Führungskräften:

Traumnoten für Helmut Kohl

Helmut Kohl wird von Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung so stark wie nie zuvor eingeschätzt. In einer Umfrage des Wirtschaftsmagazins „Capital“ erteilten sie dem Bundeskanzler „Traumnoten“.

Waren es vor Jahresfrist nur 32 Prozent der Befragten, die seine Regierung als „stark“ beurteilt hatten, so sind es jetzt 87 Prozent. Fast jeder zweite rechnet Helmut Kohl und seiner Regierung die andauernde Hochkonjunktur als Verdienst an.

Nach der vom Allensbacher Institut für Demoskopie für „Capital“ durchgeführten Umfrage hat der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine bei der nächsten Bundestagswahl gegen Helmut Kohl keine Chancen. 80 Prozent der bundesdeutschen Elite bescheinigten

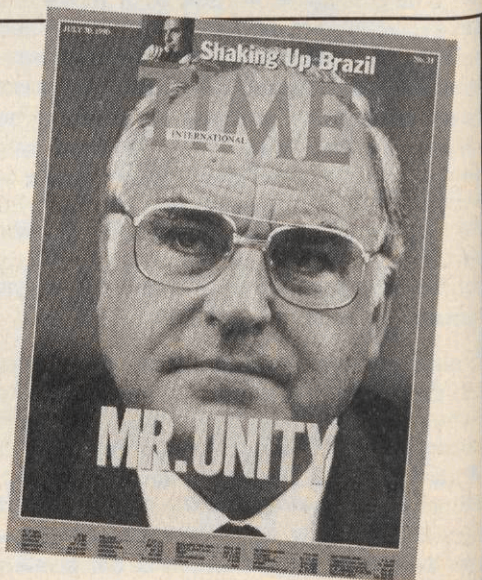
dem Kanzler mehr Durchsetzungskraft. Lafontaine brachte es nur auf magere acht Prozent. Dem CDU-Kanzler wird auch mehr Machtinstinkt zugetraut als dem SPD-Napoleon von der Saar. Hier entschieden sich 53 Prozent für Helmut Kohl, lediglich 19 Prozent für Oskar Lafontaine. Für 58 Prozent der Befragten steht ebenfalls fest, daß der Bundeskanzler über eine größere ökonomische Sachkunde verfügt als sein sozialdemokratischer Gegenspieler.

Deshalb lassen sich die Spitzenmanager auch nicht von den düsteren Prognosen Lafontaines für die wirtschaftliche Zukunft der DDR bange machen. Für sie steht heute schon fest, daß die Währungsunion im Laufe der nächsten drei Jahre zu einem Wirtschaftswunder im anderen Teil Deutschlands führen wird. ■

„Mann der Stunde“

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion wurde Helmut Kohl vergangene Woche gefragt, wie man sich denn fühle als „Mann der Stunde“. „Wenn eines Tages über meine Amtsperiode geschrieben wird“, antwortete er, „dann wäre ich sehr glücklich, wenn es hieße: Er hat seinen Beitrag dazu geleistet, daß Deutschland seinen Platz in der politischen Mitte wiedergefunden hat.“ Mit diesem einzigen Satz brachte er es auf den Punkt: Er hat keine antreibende Ideologie und keine andere große Vision, als daß Deutschland vereinigt, friedlich und fest im Herzen Europas verankert sein müsse.

aus: Time



Als aus SPD und KPD die SED wurde

Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs und die stellvertretende SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin haben in den letzten Tagen gegen West- und Ost-CDU unerträgliche Vorwürfe wegen des geplanten Zusammenschlusses beider Parteien erhoben. Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Diese Vorwürfe können nicht unbeantwortet bleiben.

Bohl stellte in diesem Zusammenhang eine Broschüre vor, die die Mitverantwortung der SPD und ihre politischen Verstrickungen in die SED-Diktatur im einzelnen darlegt.

● Seit der friedlichen Revolution in der DDR benutzt die SPD wieder den Begriff „Zwangsvereinigung“ als Kurzbeschreibung des Zusammengehens von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1946. Die SPD versucht, mit dem Hinweis auf den angeblichen Zwang ihre eigene Mitverantwortung bei der Parteivereinigung zu verschleiern und die SPD als Märtyrer-Partei darzustellen.

● Doch der Begriff der „Zwangsvereinigung“ beschreibt nur eine Hälfte der Wahrheit: Sozialdemokraten wurden, wie die Mitglieder anderer Parteien auch, in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR, unter Druck gesetzt und brutal verfolgt. Diese Opfer verdienen Respekt.

Diese Verfolgung ändert aber nichts an der anderen Hälfte der Wahrheit: Zuerst waren die Sozialdemokraten der drängende Faktor für die Vereinigung mit der KPD. Später sprach sich nahezu die gesamte SPD-Führung für die gemein-

same Gründung der SED aus. Viele ehemalige Sozialdemokraten übernahmen führende Positionen in der SED und wirkten an der Gleichschaltung und Zwangsverblockung der anderen Parteien mit.

Die „Zwangsvereinigung“ war eine von vielen SPD-Funktionären gewollte und gewünschte Vereinigung mit der KPD. Die SPD war in wichtigen Teilen der Steigbügelhalter für die Machtergreifung der Kommunisten.

Diese Feststellung tut dem Opfergang jener Sozialdemokraten, die gegen eine Zusammenführung ihrer Partei mit der KPD kämpften, aber letztlich in der Minderheit blieben, keinen Abbruch. Im Gegenteil: Die Hochachtung vor ihrer Geradlinigkeit, der Treue und Tapferkeit,

SPD als Steigbügelhalter

die Anerkennung der Opfer an Freiheit, Leib und Leben werden um so größer.

● Es ist skandalös, wie die SPD seit einigen Wochen versucht, mit ihren schamlosen Vorwürfen gegen die ehemaligen Blockparteien in der DDR ihre Mitverantwortung an deren Zwangsverblockung zu vertuschen. Tatsachen sind und bleiben:

● Der erste Vorsitzende der SPD in der SBZ, Otto Grotewohl, wurde auf dem sich nahtlos einen Tag später an den 40. Parteitag der SPD vom 19./20. April 1946 anschließenden Vereinigungsparteitag einstimmig zum Vorsitzenden der SED gewählt. Danach wurde er erster Ministerpräsident der DDR. Bei der CDU hingegen mußten erst zwei Parteivorsitzende (Andreas Hermes und Jakob Kaiser) von der entstehenden SED-Diktatur abgesetzt

werden, bevor sich die Partei zwangsverblocken ließ.

- Es war Otto Grotewohl, der als erster Ministerpräsident der DDR das erste betrügerische Wahlgesetz vom 15. Oktober 1950 unterschrieb.
- Die Umgestaltung des Rechtswesens zur Klassenjustiz wurde vollzogen vom ersten DDR-Justizminister, dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Max Fechner.
- Die Ost-CDU, wie auch die anderen bürgerlichen Parteien, wurden von eben diesem Max Fechner gesäubert und zu Zwangs-Blockparteien gleichgeschaltet. In seiner Amtszeit landeten Tausende von Funktionären der CDU und anderer Parteien wegen „Boycott-Hetze“ in den Zuchthäusern der DDR.

Es ist unerträglich, daß sich gerade vor diesem Hintergrund die SPD als Richter über die Zwangsverblockung der CDU und der anderen Blockparteien aufzuspielen versucht.

Kumpanei mit Diktatoren

Lange Zeit vergaß die West-SPD nicht, was die Kommunisten einem Teil ihrer Freunde und den anderen Parteien in der DDR angetan hatten. Aber in den 70er Jahren wandelte sich ihr Verhältnis zu den Kommunisten. Immer bereitwilliger stimmte die SPD vielen SED-Forderungen zu und sprach der SED-Diktatur in einem gemeinsamen Grundwertepapier sogar für einen „langen Zeitraum“ eine „Existenzberechtigung“ aus.

Die SPD machte damit teilweise in der Bundesrepublik freiwillig das, wozu sich die Blockparteien in der DDR nur unter diktatorischem Druck hatten zwingen lassen.

Das Versagen weiter Teile der SPD gegenüber den Kommunisten von KPD und SED war zweifach: In der sowjetischen Besatzungszone waren es Blauäu-

ARGUMENTE

SPD und SED

Die politischen Verstrickungen
der SPD in die SED-Diktatur

„Die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung,
die Partei aller schaffenden Deutschen,
die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands,
sie lebe (stürmisch fällt die Versammlung ein) hoch, hoch, hoch!“
(Auszug aus dem Protokoll des 40. Parteitages der SPD, 19./20. April 1946)

„Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen.
Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten,
daß ein System das andere abschafft.“
(Gemeinsame Erklärung von SPD und SED, August 1987)

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Diese Broschüre über die andere Hälfte der Wahrheit zum Thema „Zwangsvereinigung“ und über die politischen Verstrickungen der SPD in die SED-Diktatur kann bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel.: (0228) 16-5025, bezogen werden.

gigkeit und Opportunismus, die die SPD in die Arme der KPD trieben. Sie machte sich damit mitverantwortlich an der Errichtung der zweiten schrecklichen Diktatur auf deutschem Boden in diesem Jahrhundert.

Schlimm war aber auch die Verbrüderung der West-SPD mit der SED in den 70er und 80er Jahren. Obwohl die SPD-Führung um die Verfolgung, den Stasi-Terror und die SED-Unterdrückung in der DDR wußte, begab sie sich in eine sozialistische Kumpanei mit den Diktatoren. Das ist die zweite Mitverantwortung der SPD.

Recht sichert die Freiheit

Anlässlich der Vorstellung des neuen Rechts- und Justizpolitischen Programms der CDU erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Minister für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinz Eyrich:

Das traditionelle Leitthema christlich-demokratischer Rechtspolitik „Recht sichert die Freiheit“ ist heute aktueller denn je. Die Vorstellung unseres neuen Programms findet statt zu einer Zeit, die den Rechtspolitikern vor völlig neue Herausforderungen stellt: Die Angleichung der Rechtsordnungen der Mitgliedsstaaten der EG ist in vollem Gange; nunmehr ist es unsere Aufgabe, die freiheitliche Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf die DDR zu übertragen, in der vierzig Jahre in Schule, Universität und Rechtspflege ein völlig anderes geistiges Gerüst gelegt wurde.

Um die Bedeutung der Rechtsangleichung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu unterstreichen, haben Juristen aus dem BACDJ und in verfassungsrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bereichen arbeitende Mitglieder der Fraktion der CDU/DA in der Volkskammer frühzeitig Kontakte hergestellt und am 9. Mai 1990 im Reichstag in Berlin einen gemeinsamen Arbeitskreis gegründet. Die von diesem Arbeitskreis erarbeiteten gemeinsamen Standpunkte sind in das nunmehr verabschiedete Rechtspolitische Programm eingeflossen.

Inhaltlich stimmen die Juristen aus Ost und West darin überein, daß die Herstellung der Rechtseinheit elementarer

Bestandteil der deutschen Einigung ist. Dieser Prozeß der Rechtsangleichung hat jedoch in Stufen zu erfolgen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist Grundlage für eine stabile Demokratie. Es wird in der Bevölkerung als Grundlage und Garant staatlicher Autorität akzeptiert. Das Grundgesetz als Verfassung für ein vereintes Deutschland bedeutet auch, daß die in langjähriger Entwicklung aufgestellten Grundsatzentscheidungen, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts, ihre Gültigkeit behalten. Völkerrechtliche Verträge müssen nicht erneut verhandelt werden. Der Weg über Art. 23 Grundgesetz schließt nicht aus, daß einzelne Bestimmungen ergänzt oder einer Diskussion zugänglich gemacht werden.

Grundlegende Änderungen des Grundgesetzes bedingen den gesamtdeutschen Verfassungskonsens. Vor allem bei der Aufnahme neuer Staatsziele in das Grundgesetz ist ein besonderes Maß an Zurückhaltung geboten. Etwaige prinzipielle Änderungen der geltenden Verfassungsordnung in der Bundesrepublik Deutschland sollten im übrigen der angestrebten europäischen Einigung und ihrer Verfassungsgebung vorbehalten bleiben.

Nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann es aus Gründen der Rechtssicherheit und des sozialen Friedens für eine Übergangszeit erforderlich sein, in einzelnen Rechtsbereichen Unterschiede in den beiden Rechtsordnungen in Kauf zu nehmen.

Einigkeit bestand auch darüber, daß parallel zur Schaffung materiell-rechtlicher Regelungen, die zum Funktionieren

der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwingend erforderlich sind, Fragen der Gerichtsorganisation, des Berufsrechts sowie der Juristenausbildung vorrangig gelöst werden müssen.

Um die Rechtseinheit und Einheitlichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten, ist es erforderlich, eine effiziente Fortbildung der Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare in der DDR zu organisieren. Werden bundesdeutsche Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte DDR-Einrichtungen zugeordnet, muß neben Fachkenntnissen von diesen Rechtsanwendern besondere Sensibilität und Kenntnis der Struktur der DDR erwartet werden. Der Prozeß der stufenförmigen Rechtsangleichung wird ein beträchtliches Maß an Zeit benötigen. Bei alledem muß in besonderer Weise auf die Empfindungen und das Rechtsbewußtsein der Menschen in der DDR Rücksicht genommen werden. Außerordentlich wichtig ist die ebenso rasche wie

vollständige Information der Menschen in der DDR über das künftig geltende Recht. Zweckmäßig wäre auch die Einführung eines Rechtskundeunterrichts in den Schulen.

In dem insgesamt zwanzig Kapitel umfassenden Rechtspolitischen Programm sind die elementaren Grundsätze christlich-demokratischer Rechtspolitik näher dargestellt: mehr Freiheit für den einzelnen, weniger staatliche Reglementierung, klare und verständliche Gesetze, Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit für jedermann, gemeinsames Recht in Europa, durch das die Menschenwürde geschützt und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht werden. ■

Der vollständige Text des Rechts- und Justizpolitischen Programms kann in der CDU-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Seltsames Verständnis von demokratischen Parteien

Der Kreisverband Kiel wollte etwas Gutes tun und plante eine Aktion, um die Autofahrer auf den Schulanfang aufmerksam zu machen. „Kinder sind das Größte und so klein, daß man sie leicht übersieht.“ So der „aggressive“ Text auf den CDU-Plakaten, die in der Zeit vom 20. bis 30. August 1990 in der Stadt Kiel aufgestellt werden sollten.

Da die Kieler Parteifreunde ordentliche Leute sind, beantragten sie beim Bauverwaltungsamt der Landeshauptstadt eine Sondernutzungserlaubnis für die Aufstellung der Plakatständer. Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder, die sich zwecks Genehmigung dieses Antrags versammelten, waren durchaus dafür, aber nur dann, wenn dies von anständigen Leuten durchgeführt wird, die keine Hintergedanken haben. Das trifft natürlich auf eine

Partei nicht zu. Deshalb lehnten sie den Antrag ab.

„Um Mißverständnissen vorzubeugen: Gegen die von Ihnen beabsichtigte Aktion als solche bestehen keine Bedenken. Wir würden sie genehmigen, wenn sie unter Verzicht auf jegliche Parteiwerbung bzw. von einem neutralen Dritten (z. B. Landesverkehrswacht) durchgeführt würde.“ So das Antwortschreiben des Magistrats.

Ein etwas seltsames Verständnis von Demokratie und der Rolle der Parteien in ihr. Der Ablehnungsbrief des Magistrats liest sich wie ein Dokument aus der Zeit des Obrigkeitsstaates. Oder wäre vielleicht die Entscheidung anders ausgefallen, wenn statt CDU drei andere Buchstaben auf dem Plakat gestanden hätten? ■

Rechtseinheit in Deutschland ohne politisches Strafrecht

Zu den dunkelsten Kapiteln des DDR-Rechts gehört das politische Strafrecht. Dazu zählten unter anderem die im zweiten und achten Kapitel des DDR-StGB zusammengefaßten „Verbrechen gegen die DDR“ und „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“, so § 99, der schon das Sammeln von nicht der Geheimhaltung unterliegenden Nachrichten bestrafte.

Dazu gehörten ferner § 106 („staatsfeindliche Hetze“), der schlimme § 213, mit dem der „ungesetzliche Grenzübertritt“ (die sogenannte Republikflucht) geahndet wurde, § 214, der die sogenannte „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ unter Strafe stellte, der obskure Tatbestand „Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzeswidriger Ziele“ in § 218 oder § 219, der die „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ genauso bestrafte wie § 220 die „öffentliche Herabwürdigung“. Sogar „Asoziales Verhalten“ im Sinne von § 249 StGB-DDR galt als strafwürdig. Diese und andere Strafvorschriften werden nunmehr gestrichen oder völlig neu, das heißt rechtsstaatlich gefaßt.

Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Die rechtsstaatswidrige und diktatorische Strafrechtspflege des SED-Staates kommt in diesen bisher geltenden Strafnormen besonders deutlich zum Ausdruck. Es ist reines Ideologierecht, das ausschließlich dazu diente, rücksichtslos die perverse Staatsdoktrin des Sozialismus durchzusetzen und die Menschen in Schach zu halten. Nach dem jeweils geltenden poli-

tischen Strafrecht sind in den 40 Jahren des Bestehens der SBZ/DDR über 300.000 Verurteilungen erfolgt, wenngleich auch viele „normale“ Strafurteile der DDR, so zum Beispiel bei den Vermögensdelikten, Ausdruck der SED-Ideologie waren. Staatsanwaltschaften und Gerichte standen jahrzehntlang in unheilvoller Allianz. Urteile sind gesprochen worden, die den Menschenrechten und seit 1975 auch der KSZE-Schlußakte diametral widersprochen haben.

Nun wird endlich das politische Strafrecht durch das 6. Strafrechtsänderungsgesetz abgeschafft. Am 29. Juni 1990 hat die Volkskammer in 2. Lesung so entschieden. Dieses Änderungsgesetz gehört zum Vollzug des Staatsvertrages und hat insgesamt die Beseitigung der ideologischen Ausrichtung des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung der DDR zum Ziel. Am 6. Strafrechtsänderungsgesetz ist hervorzuheben;

- die Änderung der Strafbemessung im allgemeinen Teil, in dem zum Beispiel die bisherige „Bewährung im Kollektiv“ praktisch gestrichen ist;
- die Neufassung des gesamten besonderen Teils des Strafgesetzbuches, insbesondere der Straftaten gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der DDR. Dabei werden neue Tatbestände wie der des „unberechtigten Abhörens“ (§ 135 a StGB-DDR) eingefügt.

Dieses Strafrechtsänderungsgesetz ist der erste Schritt zur Strafrechtsüberleitung, das heißt zur Angleichung und späteren Übernahme des gesamten Strafrechts der Bundesrepublik Deutschlands. ■

Es darf in Zukunft kein Einheitsschulwesen mehr geben

Nach einer gemeinsamen Sitzung zum Thema „Konturen zukünftiger Schulpolitik“ erklärten die bildungs- und wissenschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Daweke, und der CDU/DA-Volkammerfraktion, Ludwig Noack:

Mit der Annahme des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 21. Juni 1990 bekennt sich die DDR zur „freiheitlichen, demokratischen, föderativen, rechtsstaatlichen und sozialen Grundordnung“ und zur „Sozialen Marktwirtschaft als gemeinsamer Wirtschaftsordnung beider Vertragspartner“. Mit dem geplanten Beitritt der wieder zu bildenden Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gelten auch für die DDR die Bildung und Erziehung regelnden Artikel des Grundgesetzes. Auf dieser Grundlage orientiert sich die Politik der CDU/DA-Fraktion an folgenden Grundsätzen:

- Der deutsche Einigungsprozeß stellt die Aufgabe, das bestehende Schul- und Hochschulwesen, die berufliche Bildung und Weiterbildung an Ziele und Inhalte heranzuführen, die einem freiheitlich demokratischen Staatswesen entsprechen und die im internationalen Wettbewerb bestehen können. Unsere Ressourcen liegen in den Köpfen unserer Menschen; Bildung und Ausbildung sichern die Zukunft des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Deutschlands. Daher kommt der Bildungspolitik ein ebenso hoher Stellenwert zu wie anderen Bereichen politischer Gestaltung.

- Die Arbeitsgruppe Bildung läßt sich vom Prinzip des Föderalismus und der damit verbundenen verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung zwischen Zentralgewalt und Ländern in der Bildungs- und Kulturpolitik leiten. Das Bildungswesen muß primär Sache der Länder werden; es bildet den Kern ihrer hoheitlichen Funktionen. Nur so können sich regionale Besonderheiten und Traditionen entfalten. **Länderhoheit in Bildung und Kultur** bedeutet eine Absage an jede Form zentralistischer Lenkung. Wir vertreten darüber hinaus die Auffassung, daß das Prinzip des Föderalismus und der ihm zugeordnete Gedanke der Subsidiarität auch konstitutive Elemente des europäischen Zusammenwachsens sind: Maßnahmen im Bereich des Bildungswesens

Leitsätze zur künftigen Schulpolitik in den Ländern der DDR

sens dürfen nicht losgelöst sein von Kooperationsbemühungen auf europäischer Ebene. Auch unser Bildungswesen muß seine Absolventen **europatüchtig** machen und sich an europäischen Maßstäben ausrichten.

Eine Soziale Marktwirtschaft braucht als Grundlage eine differenzierte und vieltgliedrige Bildungslandschaft in allen Bereichen. Dabei sind die Schulbildung, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung im Sinne lebensbegleitenden Lernens miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen. Ein besonders

hoher Stellenwert kommt dabei der schulischen Bildung zu. Ihr gelten die folgenden Leitsätze, die rechtlich garantiert werden müssen:

1 Das Bekenntnis zu individueller Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit bedingt ein **vielgliedriges, vielgestaltiges und in sich differenziertes Schulangebot**, das durch Pluralität der Strukturen und Inhalte sowie Durchlässigkeit der Bildungswege gekennzeichnet ist. Es darf künftig kein Einheitsschulwesen mehr geben. Die integrierte Gesamtschule, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland in geringem Umfang existiert, darf nur ein Angebot unter anderen (z. B. Realschule, Gymnasium) sein und darf keinerlei Bevorzugung erfahren, zumal ihre Leistungsfähigkeit nicht hinreichend bewiesen ist. Auch sie hat sich dem fairen Wettbewerb der Schulformen um Schüler zu stellen. An der **12jährigen gymnasialen Bildung** ist aus europa- und berufspolitischen Gesichtspunkten festzuhalten.

2 Jedes Kind muß die Chance erhalten, seine Begabungen und Talente optimal zu entfalten und entsprechende Leistungen zu erbringen. Nur jene Schule ist wirklich sozial, in der **Leistungen und Leistungsbereitschaft** zugleich gefördert und gefordert werden. Der Zugang zu den einzelnen Formen und Stufen innerhalb dieses vielgliedrigen Systems darf nur von der Leistungsfähigkeit und der Begabung des einzelnen Schülers abhängig gemacht werden. Benotungen müssen daher aussagekräftig werden. Dabei darf ein zunächst eingeschlagener Bildungsweg nirgends in eine Sackgasse führen; **Durchlässigkeit** ist institutionell zu garantieren.

3 Wir treten für eine Familienpolitik ein, die die Erziehungsfähigkeit und

-bereitschaft der **Familie** ökonomisch und geistig-moralisch stärkt. Die Erziehung der Kinder muß primär den Eltern anvertraut sein; bei halb- und ganztägigen Betreuungsangeboten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Nachfrage entsprechend ist keine Schulform zu bevorzugen. Angemessene Information der Eltern über Schullaufbahnen und Mitsprache in der Schule sind zu gewährleisten.

4 Auch wenn Schule in Zukunft primär Staatsaufgabe bleiben wird, betrachten wir ein **Angebot in freier Trägerschaft** als wichtige, den Pluralismus fördernde Ergänzung. Hier sind in besonderer Weise die Kirchen zu entsprechenden Initiativen aufgerufen.

5 Nicht dem engen Spezialisten-, sondern dem breit gebildeten und flexiblen Generalistentum gehört die Zukunft. Daher gilt ein Begriff von **Allgemeinbildung**, in dem Deutsch, Fremdsprachen, Naturwissenschaften und Geschichte zentral sind. Das muß in den Stundentafeln ausgewiesen werden und bedarf neuer Lehrpläne und -bücher. Dabei wollen wir — graduell nach Schulformen unterschieden — auf eine sinnvolle Heranführung an die Arbeitswelt nicht verzichten.

6 Schule in einer freiheitlichen Demokratie ist weltanschaulich neutral; sie muß von jedem Versuch weltanschaulicher Indoktrination freigehalten werden. Aber sie ist im Sinne unseres Verständnisses von Mündigkeit, Freiheit und Selbständigkeit nicht wertneutral. Vielmehr bilden die eingangs genannten Prinzipien jenen **Wertebezug**, der in Bildung und Erziehung zum Tragen kommen muß. Die religiös-ethische Dimension ist angemessen zu berücksichtigen. ▶

Aussiedlerzahlen gehen drastisch zurück

Zur jüngsten Entwicklung der Aussiedlerzahlen erklärte die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Gertrud Dempwolf:

Seit dem Inkrafttreten des Aussiedleraufnahmegesetzes am 1. Juli sind die Aussiedlerzahlen drastisch zurückgegangen. Während in der Woche vor dem 1. Juli insgesamt 17 531 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland kamen, wurde in der vorletzten Woche ein Zugang von 9833 Aussiedlern verzeichnet.

Dieser Rückgang ist auf das Aussied-

leraufnahmegesetz und seine Verbreitung in den Ländern Osteuropas zurückzuführen. In Rumänien und Polen haben die Medien wirksam darüber aufgeklärt, daß die Anerkennung als Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland nur über das schriftliche Verfahren vom Herkunftsgebiet aus möglich ist.

Erfreulicherweise akzeptieren es Zugereiste aus polnischen Gebieten, die lediglich mit einem Touristenvisum herkommen, problemlos, daß sie zurückkehren müssen, um das Anerkennungsverfahren von ihrem Wohnsitz aus zu betreiben.

7 Behinderte Schüler dürfen nicht getrennt werden. Vielmehr gilt auch hier der Grundsatz: Soviel Integration wie möglich, so wenig Differenzierung wie nötig. Dafür gibt es keinen allgemeinverbindlichen Weg; entscheidend ist das Vermögen des einzelnen, der von Behinderung betroffen ist.

8 Die Qualität einer Schule hängt entscheidend an der Qualität ihrer Lehrer. Daher lehnen wir den Einheitslehrer entschieden ab. Ein differenziertes Schulwesen verlangt eine **differenzierte Lehreraus-, -um- und -fortbildung**, in der auf die neue Rolle von Schule in unserer Gesellschaft hingearbeitet wird. Zugunsten materieller und sozialer Absicherung und weltanschaulicher und politischer Neutralität ist auch für die Lehrer in der DDR mittelfristig der Beamtenstatus einzuführen. Für die Übernahme ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen. ■

Ludger Westrick gestorben

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zum Tode von Bundesminister a. D. Ludger Westrick:

Ludger Westrick hat den Wiederaufbau unserer freiheitlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend mitgeprägt. Vor allem als Wegbegleiter und enger Vertrauter Ludwig Erhards hatte er von 1951 bis 1966 hohe politische Ämter inne — zunächst als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, später als Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben. Während dieser Zeit war er maßgeblich beteiligt an grundlegenden Entscheidungen für die erfolgreiche Entwicklung unseres Gemeinwesens. Für sein langes und verdienstvolles Wirken für die Bundesrepublik Deutschland schulden wir Ludger Westrick Respekt und großen Dank.

SPD-Forderungen treiben Deutschland in den Ruin

Zu den ständigen Milliarden-Forderungen der SPD erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers:

Während Bundeskanzler Helmut Kohl Schritt für Schritt die deutsche Einheit mit Umsicht und Augenmaß voranbringt, versucht sich SPD-Kandidat Oskar Lafontaine mit seiner Doppelstrategie.

Auf der einen Seite werden Belastungen für den Bürger wegen des finanziellen Einsatzes der Bundesregierung in der DDR konstruiert, auf der anderen Seite werden Milliarden-Forderungen für die verschiedensten Projekte erhoben. Die Auflistung aus den letzten Monaten weist aus, daß schon zweistellige Milliardenbeträge für die SPD nicht mehr teuer genug sind:

- 15 Milliarden DM wollte die SPD Herrn Modrow mit nach Hause geben.
- 120 Milliarden DM wollte Frau Matthäus-Maier zur Entschuldung von DDR-Firmen locker machen.
- Mindestens zehn Milliarden DM wünscht der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Roth für die Sowjetunion.
- 10 bis 15 Milliarden DM möchte er der DDR zukommen lassen.
- Mindestens 200 Milliarden DM braucht der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Harald B. Schäfer für die ökologische Energieversorgung in Deutschland.
- Oskar Lafontaine hätte gerne ein groß angelegtes Infrastruktur-Programm von mehr als 100 Milliarden DM für die DDR.

Der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten scheint es nur darum zu gehen, mit Riesenforderungen in die Schlagzeilen zu kommen. Es entsteht der Eindruck, daß Oskar Lafontaine die schlechten Erfahrungen des Saarlands der Bundesrepublik Deutschland und Gesamtdeutschland aufnötigen will. Zur Erinnerung:

Das Saarland hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenstaaten. Der eigene Rechnungshof erklärt den Saarland-Haushalt für verfassungswidrig. Das ist zwar beispiellos — doch der SPD-Kanzlerkandidat lernt nichts dazu.

Mühsam bewegt der SPD-Vorsitzende seine Partei immer wieder gegen Oskar Lafontaine auf den Weg der Einheit Deutschlands. Vielleicht gelingt ihm ein finanzpolitischer Ordnungsruf an seinen Kanzlerkandidaten. Notwendig wäre das jedenfalls. ■

Lafontaine isoliert

Einmal mehr gerät Lafontaine in seiner eigenen Partei in die politische Isolation: Während er die Ost-SPD zum Ausstieg aus der großen Koalition auffordert, ist deren Interesse unverkennbar, eher konstruktiv weiterzuregieren, als den destruktiven Ratschlägen des Saarländers zu folgen. In seiner Resignation zieht sich der SPD-Kandidat aufs passive Nörgeln zurück. Er meint, im Herbst würden „die sozialen Probleme an die Oberfläche geschwemmt“. Diese Formulierung ist nicht nur sachlich falsch und menschenverachtend, sie zeigt auch, daß der Kandidat über keinerlei eigenen Gestaltungswillen verfügt. In einer Zeit, in der Deutschland und Europa neu geordnet werden, wartet er lediglich passiv die politische Entwicklung ab.

Die Hörer und Zuschauer des NDR wollen keinen SPD-Regierungsfunk

Zur geplanten Novellierung des NDR-Staatsvertrages erklären Generalsekretär Volker Rühle, der Landesvorsitzende der CDU Niedersachsen, Josef Stock, der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ottfried Hennig, und der Landesvorsitzende der CDU Hamburg, Jürgen Echter nach:

Der NDR darf nicht dem politischen Diktat der SPD unterworfen werden. Deshalb fordern wir die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein und den 1. Bürgermeister der Hansestadt Hamburg auf, ihre Pläne zur Änderung des NDR-Staatsvertrages zurückzunehmen: Die gegenwärtige Konstruktion des NDR-Staatsvertrages hat sich bewährt.

Sie sollte deshalb nicht durch die beabsichtigte Novellierung zerschlagen werden. Die Hörer und Zuschauer des NDR wollen keinen SPD-Regierungsfunk haben. Die CDU der drei norddeutschen

Zielstrebige Machtpolitik

Küstenländer und die Bundespartei werden es nicht hinnehmen, wenn die bisherige sachliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Kräften beim NDR torpediert und einer zielstrebigen Machtpolitik der SPD geopfert werden soll.

Wir wenden uns entschieden gegen das Vorhaben der Ministerpräsidenten Schröder und Engholm und des 1. Hamburger Bürgermeisters Voscherau, den NDR zu ihrem parteipolitischen Machtinstrument umzufunktionieren, indem die Aufsichtsgremien in Mehrheitsorgane für die SPD

verändert werden sollen, um einseitige strukturelle und personalpolitische Weichenstellungen beim NDR vornehmen zu können.

Es ist schon ein billiger Trick, die Zahl der Parteienvertreter im Rundfunkrat mit dem vermeintlichen Ziel einer „Entpolitisierung des Rundfunks“ zu verringern, dafür aber überproportional Vertreter SPD-naher Verbände und Institutionen zu berufen, die eine Zweidrittel-Mehrheit der SPD sicherstellen sollen. Es ist ein Skandal, daß aus dem Rundfunkrat so wichtige Verbände eliminiert werden sollen wie der Verband Hamburgischer Haus-, Wohn- und Grundstückseigentümer, der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, der Deutsche Bundeswehrverband, der Verband der Freien Berufe, die Vertriebenenverbände.

Kabel-Boom

Im ersten Quartal 1990 nutzten bereits mehr als 6,8 Millionen Haushalte einen Kabelanschluß. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Rekordzunahme um fast 2,0 Millionen Haushalte. Ende März 1990 sind mit 14,453 Millionen Haushalten 55 Prozent der 26,3 Millionen Haushalte anschließbar gewesen. Die Anschlußdichte (Verhältnis von angeschlossenen zu anschließbaren Haushalten) ist dabei auf 47,2 Prozent angestiegen. Im Vergleichszeitraum der vergangenen Jahre betrug der Zuwachs bei den angeschlossenen Haushalten im Jahre 1988 rd. 1,4 Millionen und im Jahre 1989 rd. 1,7 Millionen Haushalte.

Arzneimittel-Festbeträge:**355 Millionen Mark kommen den Versicherten direkt zugute**

Eine erste umfangreiche Analyse der Wirkungen von Festbeträgen im Arzneimittelmarkt hat jetzt das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO) vorgelegt:

- Nach den Ergebnissen der vorgelegten Untersuchung haben sich die im Vorfeld der Festbetrageeinführung von einigen geäußerten Befürchtungen über Nachteile für die Patienten nicht bestätigt. Von den ärztlichen Verschreibungen des Monats März 1990 entfielen lediglich 2,5 Prozent auf die wenigen Arzneimittel mit Zuzahlung.
- Mit den seit 1. Juli 1990 in Kraft gesetzten Festbeträgen für insgesamt 43 Arzneimittelwirkstoffe lassen sich jährlich mehr

als 800 Mio. DM einsparen. Von dieser Gesamtersparnis wird den Versicherten rund 355 Mio. DM direkt zugute kommen, weil bei allen Festbetragsarzneimitteln die Rezeptblattgebühr in Höhe von 3, — DM je verordnetem Medikament entfällt.

- Das Preisgefälle in nahezu allen Festbetragsgruppen ist deutlich geschrumpft. Auch in denjenigen Märkten, in denen vor Einführung der Festbeträge noch Preisunterschiede von mehreren hundert Prozent für wirkstoffgleiche Arzneimittel herrschten, sind die Preisdifferenzen deutlich gesunken, weil zwar zumeist die teuren Präparate deutlich preisgünstiger wurden, das untere Ende der Preisskala aber nur wenig verändert ist. ■

Krankenkassenbeiträge sinken weiter

Der durchschnittliche Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung, der im Jahresdurchschnitt 1989 noch bei 12,9 Prozent lag, ist zum 1. Juli 1990 auf rund 12,5 Prozent gesunken. In diesem Jahr haben bereits 338 Krankenkassen mit 11,5 Millionen Mitgliedern ihre Beitragssätze gesenkt. Weitere Kassen haben Senkungen zum 1. Oktober 1990 schon beschlossen oder bereiten Senkungen vor.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wies darauf hin, daß vor der Gesund-

heitsreform die Beitragssätze in schöner Regelmäßigkeit Jahr für Jahr um rund 0,5 Prozentpunkte gestiegen seien. „Wäre dieser Trend nicht durch die Gesundheitsreform gebrochen worden, hätten wir 1989 bereits einen Beitragssatz von 13,4 Prozent gehabt, in diesem Jahr von 14,0 Prozent und im kommenden Jahr von 14,5 Prozent. Das heißt: Die Beitragszahler hätten 1989 4,3 Milliarden Mark mehr bezahlen müssen als ohne die Reform, 1990 13,8 Milliarden und im kommenden Jahr mindestens 20 Milliarden Mark.“

Rot-Grün in Hannover: Das ist der Einstieg in den Abstieg

In Hessen brach vor Jahren das rot-grüne Experiment unter lautem Getöse in sich zusammen; der Wähler hatte schließlich genug von Dauerquerelen, Handlungsunfähigkeit und Inkompetenz. In Berlin steht die rot-grüne Koalition nach endlosen Grabenkämpfen und einem langen politischen Sündenregister bereits nach kaum mehr als einem Jahr ebenfalls vor dem Aus. Jetzt wird Niedersachsen zum Experimentierfeld für Rot-Grün.

Ministerpräsident Schröder hat es bereits wenige Stunden nach seinem Amtseid fertiggebracht, dem Land schweren Schaden zuzufügen. Als einziges Bundesland neben dem Saarland lehnte Niedersachsen im Bundesrat den Staatsvertrag mit der DDR ab. Lafontaine-Spezi Schröder hat damit wieder einmal deutlich gemacht, was er von der deutschen Einheit hält.

Der Start dieser Regierung ist überschattet mit einer ganzen Reihe unerfüllter und unerfüllbarer Wahlversprechen, die Schröder in schwindelerregenden Milliardenhöhen gemacht hatte. Kaum hatten die Wahllokale geschlossen, da wurde schon damit begonnen, die ersten ungedeckten Schecks wieder einzusammeln. Die Verdoppelung des Umweltetats, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, die Einstellung von mindestens 1.000 neuen Lehrkräften pro Jahr, die sofortige Einführung der Lernmittelfreiheit — **wie versprochen, so gebrochen!**

Apropos Glaubwürdigkeit: In den Koalitionsvereinbarungen kündigen die Partner an, sie wollten dafür sorgen, daß

Frauen „auf allen hierarchischen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sein sollen“. Aber: Unter den von der SPD gestellten neun Staatssekretären ist keine einzige Frau! „Die politische Glaubwürdigkeit ... hat damit gleich beim Amtsantritt der neuen Landesregierung Schaden genommen.“ (Frankfurter Rundschau, 27. Juni 1990) Ungeachtet der Rückzieher in wesentlichen Bereichen bedeuten die Koalitionsabreden den Einstieg in eine gigantische Schuldenpolitik. „Trotz aller Abstriche bleiben aber genug Programmpunkte

Wer soll das bezahlen?

übrig, die zunächst einmal Geld kosten — und es lassen sich auch mit der Lupe kaum welche finden, die Geld einbringen ... Wer aber soll all das bezahlen?“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1990)

Die rot-grüne Müllpolitik, die auf die Restmüllverbrennung verzichten und ein landesweites Programm für Deponien auflegen will, ist ein umweltpolitisches Abenteuer mit gefährlichen Konsequenzen. Gleiches gilt in der Frage der Sondermüllfälle, „die sich nicht durch den flotten Spruch beseitigen lassen, daß man solche Abfälle lieber vermeiden möchte“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1990). Damit ist der „Entsorgungsinfarkt“ in Niedersachsen vorprogrammiert.

Unrealistisch ist es auch, den Ausstieg aus der Kernenergie anzukündigen, deren Anteil an der Stromversorgung in Niedersachsen bei 60 Prozent liegt, ohne gleich-

zeitig glaubhafte Alternativen aufzuzeigen, wie der dadurch hervorgerufene Ausfall an Primär-Energie ausgeglichen werden könnte. „Nun hätte man von der neuen Regierung schon gern gewußt, womit sonst in diesem durch Bodenschätze nicht reich gesegneten Land preiswert Strom erzeugt werden soll: mit Steinkohle, Braunkohle oder neuen Talsperren? Daß Windräder den hohen Anteil der Kernenergie wettmachen können, wird doch wohl keiner im Ernst annehmen“. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1990)

Weniger Wohnungen

In der Wohnungsbaupolitik fällt die rot-grüne Koalition mit einem jämmerlichen Minimalprogramm von 15.000 geförderten Wohnungen weit hinter die Anstrengungen der Regierung Albrecht (1989/90 aufgelegtes Programm mit 50.000 geförderten Wohnungen) zurück. Die neue Koalition hat sogar angekündigt, den Rest des Programms der Vorgänger-Regierung von rund 20.000 Wohnungen zu stoppen, mindestens aber erheblich zu verzögern.

Die Vereinbarungen zur Innen- und Rechtspolitik werfen ein bezeichnendes Bild auf das Rechtsstaat-Verständnis der Koalitionspartner. Nach geltendem Recht als Nötigung strafbare Blockaden sollen straffrei werden. „Bagatelldelikte“ wie etwa Diebstahl sollen „entkriminalisiert“ werden. Die Strafbarkeit der Bildung terroristischer Vereinigungen soll abgeschafft werden. Durch die Aufhebung des sogenannten „Radikalenerlasses“ und die Abschaffung der Regelanfrage wird Links- und Rechtsextremisten der Zugang zum öffentlichen Dienst eröffnet.

Die Weichen für die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens werden in Richtung Abstellgleis gestellt. Die Kürzungen

des Wirtschaftsförderfonds um 250 Millionen DM bedeuten das Ende der bisher zukunftsweisenden Technologiepolitik des Landes. Auch die mittelstandsfördernden Programme, die bisher aus dem Wirtschaftsförderfonds finanziert wurden, werden empfindliche Streichungen hinnehmen müssen.

Eine wichtige Basis für niedersächsische Standortvorteile, die Energie, soll verteuert werden. Dadurch werden Wettbewerbs- und Absatznachteile entstehen mit der Konsequenz gefährdeter Arbeitsplätze. Kein Konzept wird sichtbar, wie das Land Niedersachsen in bezug auf Wirtschaft und Verkehr zur Drehscheibe zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd innerhalb eines geeinten Europas weiter entwickelt werden soll. Im Gegenteil: Die rot-grünen Vereinbarungen lassen jetzt schon erkennen, daß die strukturelle Weiterentwicklung abgebremst wird. Wichtige Straßenbau-Projekte werden ohne Rücksicht auf strukturelle Bedürfnisse gekippt, die verkehrstechnische Erschließung der Küstenregion wird weitgehend unterbunden,

Rot-grüne Provinzpolitik

Ansiedlungsvorhaben von Großunternehmen drohen rot-grünen ideologischen Vorurteilen zum Opfer zu fallen. „... alles, was mit Wirtschaft und Verkehr zu tun hat, wird künftig unter Prüfungsaufgaben gestellt und mit umwelt-, arbeits- und frauenrechtlichen Forderungen belastet, die sich zum Verhinderungsnetz für Investitionen summieren.“ (Die Welt, 28. Juni 1990)

Mit ihrem Regierungsprogramm verziehen sich Schröder und seine rot-grüne Mannschaft „in das Schneckenhaus der Provinzpolitik“ (Die Welt, 28. Juni 1990). Damit droht Niedersachsen vom Aufsteigerland zum Aussteigerland und schließlich zum Absteigerland zu werden. ■

Informations-Materialien der Frauen-Union

● **Faltblätter**

▶ **Frauen in der Union**

Parteitagbeschuß zur politischen Gleichstellung

Bestell-Nr.: **2105**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

10,— DM

▶ **Politik für Frauen**

Bestell-Nr.: **2180**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

7,50 DM

▶ **„Kleine Hände“** — Hilfen in Bedrängnis für Mütter, Väter und Kinder

Bestell-Nr.: **2296**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

● **Leitfaden**

▶ **„Kleine Hände“**

Bestell-Nr.: **5293**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

18,75 DM

● **Broschüren**

▶ **Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau.**

Leitsätze, beschlossen auf dem 33. Bundesparteitag

Bestell-Nr.: **5708**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

21,50 DM

▶ **Leben wagen — Zukunft gewinnen.**

16. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 20./21. Februar 1988 in Bonn

Bestell-Nr.: **5292**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

30,— DM

▶ **Kinderfreundliche Gemeinde.**

Leitfaden für die praktische Arbeit vor Ort

Bestell-Nr.: **5186**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

20,— DM

● **Aufkleber**

▶ **Frauen-Union**

Bestell-Nr.: **9081**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

▶ **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen**

Bestell-Nr.: **9249**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

▶ **„Kleine Hände“**

Bestell-Nr.: **9294**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

● **Rahmenplakat**

▶ **DIN A1 — Frauen-Union**

Bestell-Nr.: **8181**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Versmold

SPD: 48 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne in 4 Jahren

Die SPD plant wieder einmal eine neue Steuer – diesmal auf Autos, die »zuviel Benzin verbrauchen«, die sogenannte »Saufsteuer«. Damit will sie alle Personenkraftwagen mit hohem Benzinverbrauch belegen. Der neue Vorschlag der SPD zur Steuererhöhung ist der 48. in den letzten 4 Jahren! Er fügt sich nahtlos in die Reihe der bisherigen Steuer- und Abgabenerhöhungspläne ein.

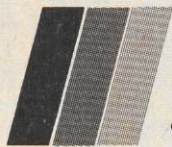
Auch ihrer neuen Steuer hängt die SPD das grüne Mäntelchen des Umweltschutzes um. Ihr Motto: »Steuern werden durch Umweltschutz erst so richtig schön«. Dies kennen wir schon von der sogenannten Ökosteuern: Der Benzinspreis soll nach dem Willen der SPD um bis zu 50 Pfennige je Liter angehoben werden. Schon hier ist aber

klar geworden, worum es der SPD in Wirklichkeit geht: nicht um Umweltschutz, sondern um neue staatliche Einnahmequellen und um neue Umverteilungsprogramme.

Fazit: Die SPD hat sich nicht geändert. Ihre Steuerpolitik ist noch genauso wie früher. Die SPD hat schon einmal unser Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht. Und sie würde es heute wieder tun, wenn sie an der Regierung wäre. Denn die Steuerpolitik der SPD steht nach wie vor für: höhere Steuern und Abgaben, höhere Preise, Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe, Behinderung des Wirtschaftsaufschwungs, Arbeitslosigkeit und weniger Lebensqualität für unsere Bürger.

SPD – die Steuer- und Abgabenerhöhungspartei!

CDU



Die
Zukunft

Unsere neuesten Sympathie-Werbemittel für den Wahlkampf

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold



● **Riesenluftballon-Set à 3 Ballons**
Bestell-Nr.: 9253
Mindestabnahme: 1 Set
Preis pro Verpackungseinheit: 22,— DM

● **Bierdeckel**
Bestell-Nr.: 9292
Mindestabnahme: 600 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 21,— DM



● **Folienballon in Herzform**
Bestell-Nr.: 9268
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

● **Wind-Drachen mit 25 m Schnur**
Bestell-Nr.: 9260
Mindestabnahme: 5 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 16,— DM





- **Farbstifte, 6fach sortiert**
Bestell-Nr.: 9250
Mindestabnahme: 10 Sets
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

- **Regenschirm**
Bestell-Nr.: 9263
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 9,45 DM



- **Feuerzeug**
Bestell-Nr.: 9293
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 9,50 DM

Außerdem haben wir unsere Kartenspiele wieder neu aufgelegt:

- **Rommé/Canasta-Spielkarten**
Bestell-Nr.: 9261
Mindestabnahme: 5 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 22,— DM
- **Skatspiel**
Bestell-Nr.: 9540
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 22,— DM
(Die Preise verstehen sich ohne MwSt. inklusive Versand.)

UID-Dokumentationen im IS-Versandzentrum

- **Unsere Verantwortung für die Schöpfung.** Beschluß und Einführungsrede zur Umwelt- und Energiepolitik auf dem 37. Bundesparteitag
Bestell-Nr. 5191
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM
- **Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern.** Beschluß und Einführungsrede zur Ausländer- und Asylpolitik auf dem 37. Bundesparteitag.

Bestell-Nr. 5192
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 10,— DM

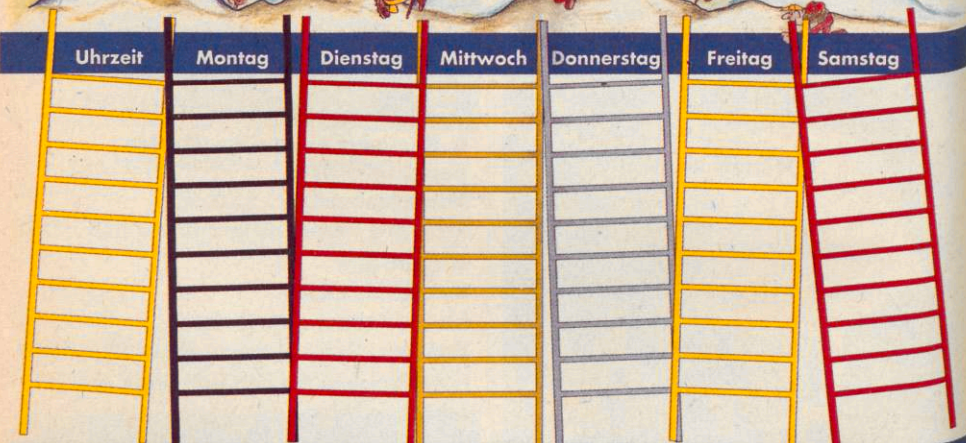
- **Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern.**
Bestell-Nr. 5251
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

- **Leitsätze zur Weiterbildung.** Beschluß des Bundesfachausschusses Kulturpolitik vom 2. April 1990.
Bestell-Nr. 5254
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 10,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

STUNDENPLAN

CDU



Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Versmold. Bestell-Nr.: 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

UiD

23/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: **UVV** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.